

PORTRAIT



Südkoreas künftiger Präsident: Moon Jae In in Siegerpose. Foto: ap

Süd-Präsident aus Nordkorea

An diesem Mittwoch wird nicht nur ein langjähriger linksliberaler Oppositionspolitiker Südkoreas Präsidentenamt übernehmen, sondern auch der Sohn eines nordkoreanischen Flüchtlings. Während des Koreakriegs floh Moon Jae Ins Vater gen Süden. Zynischerweise verhinderte dieser Familienhintergrund bereits 2012 Moon Jae Ins Wahlsieg: Er unterlag der späteren Präsidentin Park Geun Hye, weil er von der Konservativen als „Nordkorea-Sympathisant“ gebrandmarkt wurde.

Jetzt betonte der 64-Jährige daher bei jeder Gelegenheit seinen „patriotischen“ Wehrdienst in einem Spezialkommando. 1976 nahm er an einem der riskantesten Einsätze in der hochvermint Demarkationszone teil. Nordkoreanische Militärs erschlugen damals zwei US-Soldaten mit einer Axt, nachdem diese einen Baum kahl schlagen wollten, der die Sicht eines Wachpostens behinderte. Daraufhin schickte Südkorea Soldaten, um den Baum zu fällen – darunter auch Moon. „Wäre der Norden eingeschritten, hätte das leicht einen Krieg auslösen können“, erinnert er sich 40 Jahre später im Magazin *Time*.

Schon damals vertrat der spätere Studentenaktivist und Menschenrechtsanwalt die Ansicht, Nordkoreas Regime solle für seine Taten zur Rechenschaft gezogen werden, nicht aber das einfache Volk. In der aufgeheizten Stimmung damals hätte Moon für solche Aussagen ins Gefängnis kommen können. Später machte er sie als Stabschef der liberalen Regierung von Präsident Roh Moo-hyun gesellschaftsfähig.

Während der Entspannungspolitik der Jahrtausendwende wurden Gespräche ohne Vorbedingungen geführt und Wirtschaftskooperationen angestoßen. Doch Konservative halten dies für die Wurzel allen Übels, weil das nördliche Kim-Regime ohne das Geld aus dem Süden sein Atomprogramm nicht so hätte voranbringen können.

Moons Nordkorea-Vision mag naiv scheinen. Doch liegt ihm die Wiedervereinigung am Herzen: 2004 sah er bei einer seltenen Familienzusammenführung im Norden seine Tante nach 50 Jahren erstmals wieder.

FABIAN KRETSCHMER

Ausland SEITE 10
Meinung + Diskussion SEITE 12

taz.blog

Reptilienfonds

Leistenkrokodil und Nasenfrosch, Kai Diekmann und Eva Herman, Wickelschwanzkink und Weddingen
Heiko Werning über das tägliche Fressen und Gefressenwerden
blogs.taz.de

NACHRICHTEN

OBACHT, VERMIETER!

Ist's noch kalt, muss man heizen können

BERLIN | Eine Meldung, den aktuellen Witterungsbedingungen geschuldet: Auch nach Ablauf der Heizperiode muss der Vermieter bei niedrigen Temperaturen für warme Wohnräume sorgen. Die Heizpflicht des Vermieters sei gesetzlich zwar nicht eindeutig geregelt, die Rechtsprechung habe aber geklärt, „dass Mieter an kalten Frühlingstagen nicht frieren müssen“, so der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, am Dienstag. Vermieter müssten auch nach Ende der Heizperiode dafür sorgen, „dass in Wohnräumen 20 bis 22 Grad

Celsius erreicht werden“. Andernfalls könnten Mieter eine Mietminderung ankündigen.

Wenn die Zimmertemperatur auch nur zeitweise unter 18 Grad sinkt oder der Vermieter absehen kann, dass die kalte Witterung anhält, muss er demnach weiter heizen. Dies gelte auch nach dem 30. April, der in Mietverträgen häufig als Ende der Heizperiode vereinbart sei. Manche Gerichte nähmen sogar Bezug auf die Außentemperatur. Steige diese im Sommer drei Tage lang nicht über 12 Grad Celsius, müsse geheizt werden können, sagte Wild. (apf)

FLÜCHTLINGE IN FRANKREICH

Zeltlager in Paris geräumt

PARIS | Die französischen Behörden haben ein Flüchtlings-Zeltlager im Norden von Paris geräumt. Bis zu 1.000 Menschen würden in feste Unterkünfte gebracht, berichteten der Nachrichtensender Franceinfo und andere Medien gestern. 350 Polizisten waren im Einsatz. Zu Zwischenfällen kam es zunächst nicht. In der Hauptstadt bilden sich immer wieder solche Lagerplätze, weil offizielle Unterkünfte voll sind. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Behörden ähnliche Lager auf den Straßen der Stadt geräumt. (dpa)

TAZ LIEST DENIZ

Unser Exkollege Deniz Yücel sitzt in Istanbul hinter Gittern. Solange er nichts Neues veröffentlichen kann, lesen wir einfach seine alten Texte noch einmal. Und zwar jeden Tag. Jede Menge davon finden Sie unter www.taz.de/Deniz

Journalismus ist kein Verbrechen

www.taz.de

DORTMUNDER HOOLIGANS

NRW prüft Verbot von „RIOT231“

DORTMUND | Der Dortmunder Hooligan-Gruppierung „RIOT231 – Ultras h“ droht womöglich das Aus. Das NRW-Innenministerium sammelt derzeit Material für ein Verbot der Gruppe. „Rohe Gewalt hat bei diesen Hooligans höchste Priorität – nicht der Fußball“, erklärte Innenminister Ralf Jäger (SPD). Ziel einer gestrigen Razzia in vier Mitgliederwohnungen sei gewesen, Beweise sicherzustellen, um ein mögliches Verbot voranzutreiben. Die Hooligans sorgen oft bei Borussia-Spielen für Ärger. (dpa)

Marco A. plante Anschlag mit Clique

BUNDESWEHR Mit der Festnahme von Maximilian T. sitzt ein dritter Verdächtiger in Haft. Die Gruppe um Marco A. plante nach Angaben der Bundesanwaltschaft einen Anschlag „auf das Leben hochrangiger Politiker“

VON KONRAD LITSCHKO

BERLIN taz | Nun ist es eine Gruppe. Am Dienstag ließ die Bundesanwaltschaft im Fall des terrorverdächtigen Bundeswehrsoldaten Franco A. einen weiteren Verdächtigen festnehmen: Oberleutnant Maximilian T. Auch er sei dringend verdächtig, eine „schwere staatsgefährdende Gewalttat“ vorbereitet zu haben, teilte die Behörde mit.

Maximilian T. soll wie der bereits Ende April festgenommene Oberleutnant Franco A. auf dem Bundeswehrstützpunkt im französischen Illkirch stationiert gewesen sein. Festgenommen wurde er in im baden-württembergischen Kehl. Der 27-Jährige soll eine Art Feindesliste angelegt haben, mit den Kategorien „A“ bis „D“. Unter „A“ seien etwa der frühere Bundespräsident Jo-

achim Gauck oder Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) geführt worden. Auf der Liste standen auch die Berliner Linken-Politikerin Anne Helm oder Philipp Ruch vom Zentrum für Politische Schönheit.

Sprachen die Ermittler anfangs von einem vagen Terrorverdacht, ist die Bundesanwaltschaft inzwischen davon überzeugt, dass Franco A. mit Maximilian T. und dem Ende April festgenommenen Offenbacher Studenten Mathias F. einen Anschlag plante. Vorbereitet wurde ein „Angriff auf das Leben hochrangiger Politiker und Personen des öffentlichen Lebens“, teilte die Behörde mit. Diese hätten „für eine aus Sicht der Beschuldigten verfehlte Politik in Ausländer- und Flüchtlingsangelegenheiten“ gestanden. Den Verdacht

habe die Gruppe anschließend auf Flüchtlinge lenken wollen.

Als Attentäter sei Franco A. vorgesehen gewesen, so die Bundesanwaltschaft. Dieser habe sich eigens Anfang Januar 2016 in Bayern als syrischer Flücht-

ling registrieren lassen, um die Tat später als „radikal-islamistischen Terrorakt eines anerkannten Flüchtlings“ erscheinen zu lassen. Die geplante Tatwaffe, eine Pistole des Herstellers Manufacture d'armes des Pyrénées françaises, habe die Gruppe in Österreich beschafft. Franco

THOMAS OPPERMANN (SPD)

„Das ist eine Riesensklammer für die Ministerin“

A. hatte diese im Januar in einem Putzschicht auf einer Behindertentoilette im Flughafen Wien versteckt. Er floh auf, weil er beim Abholen der Pistole von österreichischen Polizisten entdeckt wurde.

Das jetzt festgenommene Trio soll sich über Chatnachrichten ausgetauscht und dort wiederholt abfällig über Flüchtlinge und Politiker geäußert haben. Bei der Festnahme des Offenbacher Mathias F. fanden Polizisten Waffen und rund 1.000 Schuss Patronen, einige davon aus Bundeswehrbeständen.

Der nun festgesetzte Maximilian T. soll neben der Feindesliste auch Franco A.s Abwesenheiten bei der Bundeswehr gedeckt haben. Als dieser nach Bayern fuhr, um sich bei den Behörden seine rund 400 Euro Sozialleistungen als anerkannter Flüchtling abzuholen, habe ihn T. bei Vorgesetzten mit Vorwänden entschuldigt.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen das Trio wegen einer „staatschutzspezifischen Tat von besonderer Bedeutung“. Die Verdächtigen hätten aus einer „rechtsextremistischen Gesinnung“ heraus gehandelt. Franco A. schweigt zu den Vorwürfen.

Die aktuelle Festnahme bringt die Bundeswehr und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) weiter in die Bredouille. Nun geht es nicht mehr um einen rechten Einzelattentäter, sondern um eine ganze Clique. Von der Leyen hatte erst jüngst gesagt, in der Affäre werde „noch viel hochkommen, das ist gar keine Frage“. „Wir sind noch nicht durch das Schlimmste durch.“

Von der Leyen hatte angeordnet, die Bundeswehr auf weitere rechtsextreme Umtriebe zu prüfen. Daneben lässt auch das Innenministerium stichprobenartig rund 2.000 Asylfälle neu untersuchen, bei denen Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan keine Papiere vorlegen konnten. Franco A. hatte sich als syrischer Christ mit französischen Wurzeln ausgegeben. Obwohl er kaum arabisch sprach, wurde seinem Asylantrag stattgegeben.

Die SPD übte nach der Festnahme des dritten Verdächtigen scharfe Kritik an Ursula von der Leyen. „Das ist eine Riesensklammer für die Ministerin“, sagte Fraktionschef Thomas Oppermann in Berlin. Offensichtlich habe sich jahrelang unbemerkt eine rechtsextreme Gruppe in der Bundeswehr etablieren können, „die Anschläge plant und Todeslisten führt“. Am Mittwoch tritt in Berlin der Verteidigungsausschuss zusammen, wo die Ministerin über den Fall Franco A. befragt werden soll.



In dieser Kaserne im französischen Illkirch waren Marco A. und Maximilian T. stationiert. Foto: Patrick Seeger/dpa

Zeigt her eure Stuben

DURCHSUCHUNG Bundeswehr startet Suche nach Wehrmacht-Devotionalien. Aufarbeitung durch Disziplinarstellen verzögert

BERLIN dpa/apf | Im Kampf gegen rechtsextremistische Umtriebe bei der Bundeswehr ist die Durchsuchung sämtlicher Kasernen in vollem Gange. Das Verteidigungsministerium habe am Dienstag Rückmeldung erhalten, dass die Weisung in allen Dienststellen umgesetzt werde, sagte ein Sprecher. Alle

Kasernen werden nach Andenken an die Wehrmacht – etwa Stahlhelme oder Gewehre – durchsucht. Generalinspekteur Volker Wieker hatte die Aktion am Freitag angeordnet. Sie soll bis zum 16. Mai abgeschlossen sein. Hintergrund der Ermittlungen ist der Fall des rechtsextremen Oberleutnants, der unter

Terrorverdacht steht. In dessen Kaserne in Illkirch bei Straßburg hatte das Jägerbataillon 291 einen Raum mit gemalten Wehrmachtssoldaten in Heldenposen ausgeschmückt.

Die Aufklärung rechtsextremer Vorfälle und unangemessener Traditionspraktiken in der Bundeswehr stößt einem

Bericht zufolge auf personelle Probleme. Bei den Wehrdisziplinaranwaltschaften und Truppendienstgerichten seien viele der vorhandenen Planstellen nicht besetzt, berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland am Montag. Intern wird demnach von einem Fehlbestand von rund 25 Prozent gesprochen.

Der Bundestags-Wehrbeauftragte hatte in seinem Bericht für das Jahr 2016 beklagt, in Einzelfällen könnten Disziplinarmaßnahmen erst „mehr als zwei Jahre nach Aufnahme der Ermittlungen und vier beziehungsweise fünf Jahre nach den vorgeworfenen Ereignissen“ erfolgen.

THEMA
DES
TAGES